

## Beschluss

Der Kreisvorstand der DKP Köln lehnt den Beschluss der 6. PV-Tagung am 19./20. November 2016 zur Parteiauseinandersetzung ab.

Höchst widersprüchliche Entwicklungen der Produktivkräfte, aktuelle ökonomische und politische Gegensätze, Überproduktionskrise, wachsender Kapitalüberschuss, Kriege, Fluchtbewegungen, Arbeitslosigkeit, soziale Zerklüftung, Beschleunigung der Umverteilung von Arm zu Reich, eine sich überstürzende Rechtsentwicklung – alle diese objektiven Faktoren der gegenwärtigen Entwicklung des Imperialismus drängen auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen, auf eine umfassende Beteiligung der lohnabhängigen Menschen an weitreichenden wirtschaftlichen Planungen auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln – auf Sozialismus, Demokratie und Frieden. Der Umsturz ist überfällig, der der herrschenden Klasse Eigentum und Macht entwindet. Dazu aber muss die Mehrheit der Lohnabhängigen bereit sein. Das ist sie nicht. Es handelt sich dabei weniger um Willensschwäche als um eine Schwäche der Organisiertheit und der Unsicherheit bezüglich des Ziels nach Aufstieg und Fall des realen Sozialismus. Die Kommunisten haben eine historische Niederlage erlitten und große Hoffnungen enttäuscht. Nur Schritt für Schritt wird die Arbeiterklasse aus der Defensive herauskommen und die kommunistische Partei an Autorität gewinnen. Umso wichtiger erscheint uns eine strategische Orientierung, die die ideologischen und politischen Gegenkräfte in dieser gärenden Gesellschaft, wie verzagt, unklar, begrenzt ihr Protest auch sein mag, zu dieser zunächst fälligen Abwehr ermutigt. Kurz: die gegenwärtige Situation bestätigt die Richtigkeit des Programms der DKP von 2006 und seiner strategischen Orientierung. Wir müssen darauf beharren.

Darauf bezieht sich auch der Offene Brief des sogenannten kommunistischen Netzwerks. Da steht: „Es zeichnet sich ab, dass die im Parteiprogramm von 2006 beschlossene Orientierung zur Strategie der Partei aufgegeben wird.“ Darum geht es. Auf eine solche Kritik wäre zunächst mal die Zusicherung zu erwarten, dass diese Prognose nicht zutrifft. Stattdessen bekommen wir vorgebliche Gründe für fällige Korrekturen zu lesen. Die Entwicklung der EU habe im Verhältnis zu 2006 deutlicher gemacht, dass es sich um ein imperialistisches Konstrukt handle, das überwunden werden müsse, sagte Patrik Köbele auf der 5. PV-Tagung in diesem Zusammenhang. Das aber ist gar nicht strittig. Strittig ist der Vorgang des Überwindens. Das Programm sagt: „Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen.“ Die gegenwärtige Mehrheit des PV hält die EU aber für nicht reformierbar, will den Austritt der BRD, ohne zu sagen, welchen Klassencharakter denn wohl der Rückzug auf den Nationalstaat hätte.

Beiläufig: Der Hinweis auf die Ähnlichkeit dieser Forderungen mit solchen rechtspopulistischer bis faschistischer Parteien ist nicht nur Bernd Bücking aufgefallen. Er hat sie in seinen Karikaturen aufgegriffen. Aber bislang bleibt eine überzeugende Antwort aus. Stattdessen wird mit einem blamablen Beschluss reagiert, der seine Arbeiten als diffamierend, ehrabschneidend und bürgerlich-antikommunistisch wertet. In der Folge konnten wir in der UZ lesen, dass Bernd Bückings Karikaturen, die ihrer Schärfe und Treffsicherheit wegen zuvor ja wohl geschätzt wurden, nicht mehr in der UZ erscheinen werden.

Nach unserer Auffassung werden die angekündigten Maßnahmen die sachliche Diskussion nicht befördern, sondern belasten. Wir fordern Sekretariat und Mehrheit des PV auf, nicht das Trennende zu betonen, sondern auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten zu überzeugen - oder sich überzeugen zu lassen.

Köln, 13. Dezember 2016